



**Gunther Krichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für  
Pforzheim und den Enzkreis

## Nach 46 Jahren: Schluss mit neuen Schulden!

Bundestag beschließt Haushalt 2015

**Der Bundestag hat heute Mittag den Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Erstmals seit 1969 wird der Bund im kommenden Jahr keine neuen Schulden aufnehmen!**

In der Generalaussprache über den Etat des Bundeskanzleramtes an diesem Mittwoch bekannte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Politik der „schwarzen Null“. Der ausgeglichene Haushalt 2015 sei ein „Wendepunkt“ nach 46 Jahren, in denen stets neue Schulden gemacht worden seien. Sie zeigte sich optimistisch, dass der Gesamtschuldenstand in den nächsten Jahren auf 70 Prozent reduziert werden könne. „Jahrzehntelang hat der Staat über seine Verhältnisse gelebt. Damit machen wir jetzt Schluss.“ Merkel plädierte mit Blick auf die noch nicht komplett überwundene Staatsschuldenkrise im Euro-Raum erneut für solide Haushaltsführung, für wachstumsfördernde Strukturreformen und für Investitionen in die Zukunft. Dass die Bundesregierung auf neue Schulden verzichten kann, ist nach den Worten der Kanzlerin umso bemerkenswerter, als das geopolitische Umfeld – die Krisenherde von der Ukraine bis zum Nahen Osten – auch die Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht. So könne es keinen Zweifel daran geben, dass die Sanktionen gegen Russland Auswirkungen auf deutsche Unternehmen hätten. Doch obwohl sich die Konjunktur eingetrübt habe, sei die Ausgangslage robust, betonte sie. Die Zahl der Beschäftigten etwa sei auf einem Höchststand, die Zahl der Arbeitslosen ausgesprochen niedrig. Spürbare Lohnzuwächse stabilisierten die Binnenkonjunktur. Deutschland sei ein Garant für Verlässlichkeit und Stabilität – für die Bürger und die Wirtschaft, für Europa und die Euro-Zone. Und: „Deutschland ist eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt.“ Allerdings dürfe man sich darauf nicht ausruhen, mahnte die Kanzlerin. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse immer wieder neu erarbeitet

werden – durch Innovationen und Investitionen. Merkel verwies darauf, dass der Bund gerade wegen seiner Haushaltsdisziplin von 2016 bis 2018 zusätzliche zehn Milliarden für Investitionen bereitstellen könne, um den Aufschwung weiter zu stärken. Benötigt werden vor allem Investitionen in die Verkehrsnetze, in die digitale Infrastruktur sowie in Bildung und Forschung.

Merkel warb auch für beschleunigte Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP). Unter Verweis auf die wirtschaftliche Dynamik und den Abschluss von Handelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum warnte sie davor, dass die EU abgehängt werden könne. Wenn es nicht gelinge, TTIP zügig zu verhandeln, würden nicht nur Exportchancen untergraben, sondern es werde auch die Möglichkeit verpasst, internationale Standards etwa im Verbraucherschutz, im Umweltschutz oder in der Arbeitswelt zu setzen. Diese würden dann von anderen gesetzt. „Die Welt wartet nicht auf Europa.“, so die Kanzlerin.

Im außenpolitischen Teil ihrer Rede stellte Angela Merkel noch einmal sehr deutlich dar, dass Russland in der Ukraine-Krise fortwährend das internationale Recht bricht und die internationale Ordnung verletzt. Sie sagte, dass die Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten im Osten der Ukraine „durch nichts zu rechtfertigen ist.“ An eine Aufhebung der Sanktionen sei daher momentan nicht zu denken. Zugleich erklärte die Kanzlerin aber ihre Bereitschaft, auch weiterhin mit Russland und Präsident Putin im Gespräch zu bleiben. Sie sei zu weiterer Geduld und einem langen Atem bereit.

### Ergebnisse des Koalitionsausschusses

Zu Beginn der Woche tagte der Koalitionsausschuss in Berlin. Es konnten eine Reihe von Beschlüssen gefasst werden. So wird die Frauenquote entsprechend den Verabredungen im Koalitionsvertrag 1:1 umgesetzt. Den Versuch der SPD, für ca. 3500 nicht-börsennotierte umfangreiche Dokumentationspflichten einzuführen, konnten wir mit Hinweis auf die klaren Formulierungen im Koalitionsvertrag abwehren. Allerdings ist es richtig, dass durch Mindestlohn und Frauenquote neue Bürokratie auf die Unternehmen zukommen wird. Deshalb haben wir als Union darauf gedrängt, dass es an anderer Stelle zu deutlichen Entlastungen kommen muss. So werden junge Gründer und Start-ups in den ersten drei Jahren nach Gründung ihres Unternehmens von Melde- und Informationspflichten befreit. Gerade in der Gründungsphase können sie sich damit auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren. Zur Vermeidung neuer Bürokratie sollen künftig ganz generell Belastungen in gleichem Maße abgebaut werden, wie sie durch Regelungsvorhaben anderweitig neu entstehen („one-in, one-out“). Das Kabinett wird ein entsprechendes Eckpunkte-Papier noch in diesem Jahr verabschieden, von dem vor allem der Mittelstand profitieren wird.

### Neuer Höchststand bei den Beschäftigten

Trotz der Ukraine-Krise, den Sanktionen gegen Russland, den Kriegen im Nahen Osten und dem Ebolaausbruch in Westafrika: Der deutsche Arbeitsmarkt knackt einen Rekord nach dem anderen. Im Oktober waren erstmals mehr als 43 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig. Das sind über 400.000 mehr als noch vor einem Jahr. Diese Zahlen gab das Statistische Bundesamt in dieser Woche bekannt. Die Erwerbstätigenquote ist damit auf 77,5% gestiegen. Damit sind Dreiviertel aller Personen zwischen 22 und 64 Jahren erwerbstätig. Nur Schweden hat in Europa eine bessere Quote. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren, am Ende der Rot-Grünen Regierung, lag Deutschland europaweit auf Platz 16! Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 30,67 Millionen auf einen neuen Rekord gestiegen, hier sind es sogar über 500.000 mehr als vor einem Jahr.

### Neue Studie zu den Kosten und Nutzen der Zuwanderung vorgestellt

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat in dieser Woche eine Studie zu Kosten und Nutzen der Zuwanderung vorgestellt. Demnach zahlen in Deutschland lebende Ausländer insgesamt deutlich mehr Steuern ein, als sie an Sozialleistungen vom Staat beziehen. Die 6,6 Mio. Menschen ohne deutschen Pass haben 2012 den Sozialkassen einen Überschuss von 22 Milliarden Euro eingebracht. Jeder Ausländer zahlt pro Jahr im Durchschnitt 3300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an Transferleistungen erhält. Dieser Wert ist innerhalb von zehn Jahren um mehr als die Hälfte gestiegen. Dies zeigt, dass zunehmend höher qualifizierte Ausländer nach Deutschland kommen und auch die hier bereits lebenden Ausländer bei Schul- und Berufsausbildung große Fortschritte erzielt haben.

### Solidarität mit den Flüchtlingen in Syrien und im Irak

Führende Vertreter der syrischen Kirchen haben auf einer Sondersitzung der Arbeitsgruppe Menschenrechte und des Stephanuskreises der CDU/CSU-Fraktion über die Situation der Christen in Syrien und dem Irak berichtet. Die syrisch-orthodoxen Erzbischöfe schilderten eindrücklich die aktuelle Lage und die Gewalt gegen die Christen in der Region. Ihnen zufolge wird der bevorstehende Winter die humanitäre Situation noch einmal verschärfen, da vor allem im Irak noch immer Tausende Flüchtlinge in Zelten und damit nicht winterfest untergebracht seien.

Wir unterstützen die Kirchen in Syrien und im Irak mit Nachdruck weiterhin bei ihrem Einsatz für Flüchtlinge aller Religionen und Konfessionen. Wir werden uns bei der Bundesregierung für zusätzliche zeitnahe humanitäre Hilfsmaßnahmen einsetzen. Dabei wollen wir auch die kirchlichen Hilfsorganisationen und Hilfswerke in Deutschland verstärkt einbinden. Es gilt, mit vereinten Kräften die Folgen der Kriege zu lindern und solidarisch an der Seite der Flüchtlinge zu stehen. Den Schwerpunkt unserer Hilfe werden wir dabei auch im kommenden Jahr auf die betroffene Krisenregion selbst legen, um dem Wunsch vieler Flüchtlinge nach einer möglichst heimatnahen Unterbringung und einer Rückkehrperspektive zu entsprechen.